

Niederschrift der 16. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung am 30.05.2023 – öffentlicher Teil

Datum: 30.05.2023

Zeit: 17:01 Uhr –18:48 Uhr

Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Plenarsaal

Anwesende Ausschussmitglieder:

CDU-Fraktion

Herr Dr. Hans-Otto Gerlach CDU
Herr Horst Herrmann CDU

SPD-Fraktion

Herr Mike Bischoff SPD Vertretung für Frau Kerstin Bischoff
Herr Olaf Theiß SPD Vorsitzender

AfD-Fraktion

Herr Monty Gutzmann AfD
Herr Mirko Koschel AfD

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Elisabeth Becker Bündnis 90/Die Grünen Vertretung für Herrn Robert Schindler

Fraktion Bauern-Ländlicher Raum

Herr Jörg Kath BLR

Fraktion BVB/FREIE WÄHLER

Frau Christine Wernicke BVB/FREIE WÄHLER

Sachkundige Einwohner

Herr Ulrich Blumendeller
Frau Melanie Winkler
Herr Bernd Zimdars

Verwaltung

Frau Karina Dörk Landrätin
Herr Frank Bretsch 1. Beigeordneter
Herr Henryk Wichmann 2. Beigeordneter
Herr Karsten Stornowski 3. Beigeordneter

Herr Ralf Meier	Amtsleiter Rech- nungsprüfungsamt
Herr Michael Barz	Amtsleiter Personalamt
Herr Jordan Jahns	Sachgebietsleiter Amt für Finanzen
Herr Jörg Brämer	Büroleiter Landrätin

Schriftführerin

Frau Kristin Wohlleben	Büro des Kreistages
------------------------	---------------------

Abwesende Ausschussmitglieder:

CDU-Fraktion

Herr Josef Menke	CDU	entschuldigt
------------------	-----	--------------

SPD-Fraktion

Frau Kerstin Bischoff	SPD	entschuldigt
-----------------------	-----	--------------

Fraktion DIE LINKE

Herr Andreas Büttner	DIE LINKE
Herr Hannes Hanf	DIE LINKE

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Robert Schindler	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
-----------------------	-----------------------	--------------

FDP-Fraktion

Herr Gerd Regler	FDP
------------------	-----

Sachkundige Einwohner

Frau Birgit Bruck
Herr Maik Haga

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Gäste.

Der Vorsitzende stellt fest, dass neun stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend sind und der Ausschuss somit beschlussfähig ist.

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Tagesordnung allen Ausschussmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen ist.

zu TOP 2.1: Anträge zur Tagesordnung

Der Vorsitzende informiert, dass keine Anträge zur Tagesordnung vorliegen.

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
 - 2.1 Anträge zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der 15. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung am 21.02.2023 - öffentlicher Teil
4. Informationen
5. Einwohnerfragestunde
6. Anfragen
7. Anträge
8. Beteiligungsbericht des Landkreises Uckermark zum Stichtag 31.12.2021
BR/053/2023
9. Außer- und überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im I. Quartal 2023
BR/064/2023
10. Landkreisweites kostenfreies Schülerticket zur Nutzung des ÖPNV für alle Schülerinnen und Schüler des Landkreises Uckermark
BV/051/2023
11. Umsetzung des Projektes Resilienz "Landschaftswasserhaushalt in Uckermark und Barnim" beginnend ab dem dritten Quartal 2023 bis zum 03.09.2025
BV/082/2023
12. Änderung Stellenplan 2023
BV/062/2023
13. Dritte Satzung zur Änderung der Satzung für die Schülerbeförderung im Landkreis Uckermark (Dritte Änderungssatzung der Schülerbeförderungssatzung - SchbefS)
BV/073/2023

14. Projekt "Ferien-Lern-Camp" im Rahmen des Angebotes Sozialarbeit an Schulen
BV/076/2023
15. Verkauf des Grundstücks/Erbbaurechtes Prenzlau, Uckerpromenade 41 Flur 42 Flurstück 100 (2.260 m²) – ehemals bebaut mit dem sogenannten Orchestergebäude „Kleine Melodie“ an die Stadt Prenzlau.
BV/085/2023
16. Potentialuntersuchung / Machbarkeitsstudie zur Reaktivierung der RB 63
BV/086/2023
17. Errichtung und Betreibung einer Gemeinschaftsunterkunft in Angermünde zur Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen
BV/089/2023/1
18. Prüfungsvermerk zur überörtlichen Prüfung / Nachprüfung der Landkreise als örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Land Brandenburg im Jahr 2022
BR/042/2023/1
19. Befristete Weiterführung der Förderung von Angeboten der Sozialarbeit an Schulen als Nachfolge des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ nach der Landesförderrichtlinie zur Verstetigung der Schulsozialarbeit im Land Brandenburg
BV/078/2023/1
20. Außerplanmäßige Auszahlung für den Aufbau einer georedundanten IT-Infrastruktur
BV/077/2023
21. Angelegenheiten der Rechnungsprüfung - 30.05.2023
22/2023

zu TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 15. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung am 21.02.2023 – öffentlicher Teil

Der Vorsitzende stellt fest, dass innerhalb der vorgesehenen Frist keine Einwände gegen die Niederschrift der 15. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung am 21.02.2023 – öffentlicher Teil – eingegangen sind und die Niederschrift damit als bestätigt gilt.

zu TOP 4: Informationen

Der Vorsitzende teilt mit, dass keine Informationen vorliegen.

zu TOP 5: Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende stellt fest, dass keine Einwohnerfragen vorliegen.

zu TOP 6: Anfragen

Der Vorsitzende informiert, dass keine Anfragen vorliegen.

zu TOP 7: Anträge

Der Vorsitzende merkt an, dass keine Anträge vorliegen.

zu TOP 8: Beteiligungsbericht des Landkreises Uckermark zum Stichtag 31.12.2021

Vorlage: BR/053/2023

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung nimmt den Beteiligungsbericht des Landkreises Uckermark zum Stichtag 31.12.2021 zur Kenntnis.

zu TOP 9: Außer- und überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im I. Quartal 2023

Vorlage: BR/064/2023

Die aufgeführten außer- und überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im I. Quartal 2023 werden zur Kenntnis genommen.

zu TOP 10: Landkreisweites kostenfreies Schülerticket zur Nutzung des ÖPNV für alle Schülerinnen und Schüler des Landkreises Uckermark

Vorlage: BV/051/2023

Herr Bretsch erläutert anhand einer Präsentation die Umsetzung des landkreisweiten kostenfreien Schülertickets. Die Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage** beigelegt.

Herr Bischoff befürwortet das kostenfreie Schülerticket für den Landkreis Uckermark.

Frau Becker merkt an, dass sie sich perspektivisch ein Schülerticket wünschen würde, mit dem dann auch eine Mitbenutzung der Kurzstreckenzüge der Bahn möglich ist.

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die Einführung eines landkreisweiten zuzahlungsfreien Schülerticket zur Nutzung des ÖPNV zum 28.08.2023.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 11: Umsetzung des Projektes Resilienz "Landschaftswasserhaushalt in Uckermark und Barnim" beginnend ab dem dritten Quartal 2023 bis zum 03.09.2025.

Vorlage: BV/082/2023

Auf Nachfrage von Herrn Blumendeller erläutert Herr Stornowski, dass in der Tabelle der Vorlage die Gesamtkosten aufgelistet sind. Die Personalkosten sind Bestandteil dieser Gesamtkosten. Der Eigenanteil für den Landkreis Uckermark beläuft sich lediglich auf 14.636,00 €.

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die Umsetzung des Projektes Resilienz im Rahmen der Förderung „Region gestalten“, befristet bis zum Projektende, dem 03.09.2025.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 12: Änderung Stellenplan 2023

Vorlage: BV/062/2023

Herr Koschel bemängelt die Schaffung von weiteren neuen Stellen.

Die Landrätin erläutert, dass nicht sicher ist, welche Aufgaben der Landkreis Uckermark vom Land Brandenburg zukünftig noch übertragen bekommt. Somit ist auch nicht abzuschätzen, wie viel Personalstellen der Landkreis zur Erfüllung dieser Aufgaben noch nachsteuern muss.

Auf Nachfrage von Frau Becker erläutert Herr Barz, dass regelmäßig Budgetgespräche stattfinden. Am Anfang eines jeden Jahres wird dann eine Personalkostenplanung für das Folgejahr aufgestellt. Die Personalkostenplanung ist derzeit so aufgesetzt, dass alle Soll-Stellen entsprechend finanziell dargestellt werden müssen. Er erklärt, dass sich durch die unbesetzten Stellen, welche als Soll-Stellen im Stellenplan immer finanziell eingeplant werden müssen, eine Differenz ergibt. Diese Differenzsumme kann somit im Haushaltsjahr für etwaige notwendige neue Stellen genutzt werden.

Frau Wernicke wünscht eine Gesamtübersicht von allen beschlossenen Personalstellen in der gesamten Wahlperiode ab dem Jahr 2019 und deren Umsetzung. Sie teilt mit hierzu eine schriftliche Anfrage einzureichen.

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die Zuführung folgender Personalstellen:

1.

Zuführung von Stellen (3,0 VZE) SB Wohngeldstelle im Sozialamt sowie Zuordnung der Stellen zur Entgeltgruppe 9a Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

2.

Zuführung von einer Stelle (1,0 VZE) Geomatiker im Kataster- und Vermessungsamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9a Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

3.
Zuführung eines Stellenanteils (0,4 VZE) SB Systembetreuung im Amt für Technische Dienste und Digitalisierung sowie Zuordnung des Stellenanteils zur Entgeltgruppe 9a Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.
4.
Zuführung von Stellen (2,0 VZE) SB Grundsatzfragen/Fachaufsicht im Jugendamt sowie Zuordnung der Stellen zur Entgeltgruppe 10 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.
5.
Zuführung von einer Stelle (1,0 VZE) SB Veterinärdienst im Gesundheits- und Veterinäramt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 6 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.
6.
Zuführung von Stellen (3,0 VZE) Schulsozialarbeiter im Bildungsamt sowie Zuordnung der Stellen zur Entgeltgruppe S12 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.
7.
Zuführung eines Stellenanteils (0,35897 VZE) im Grundbildungszentrum der Kreisvolkshochschule im Bildungsamt sowie Zuordnung des Stellenanteils zur Entgeltgruppe 9a bzw. Entgeltgruppe 5 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.
8.
Zuführung von einer Stelle (1,0 VZE) Teamleiter Asyl im Sozialamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9c Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.
9.
Zuführung von Stellen (2,1347 VZE) SB Betreuungsbehörde im Gesundheits- und Veterinäramt sowie Zuordnung der Stellen zur Entgeltgruppe S12 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.
10.
Zuführung von einer Stelle (1,0 VZE) Hauptsachbearbeiter Gewässerschutz im Landwirtschafts- und Umweltamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 11 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.
11.
Zuführung von einer Stelle (1,0 VZE) Sachgebietsleiter Personal- und Organisationsentwicklung im Personalamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 11 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.
12.
Zuführung von einer Stelle (1,0 VZE) SB Grundsatzfragen im Personalamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 10 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.
13.
Zuführung von einer Stelle (1,0 VZE) SB Widersprüche im Ordnungsamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9b Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

14.

Zuführung von einer Stelle (1,0 VZE) Allgemeinen Sozialen Dienst im Jugendamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe S 14 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

15.

Zuführung von Stellen (2,0 VZE) SB Resilienz im Landwirtschafts- und Umweltamt sowie Zuordnung der Stellen zur Entgeltgruppe EG 9b Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 13: Dritte Satzung zur Änderung der Satzung für die Schülerbeförderung im Landkreis Uckermark (Dritte Änderungssatzung der Schülerbeförderungssatzung - SchbefS)

Vorlage: BV/073/2023

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die Dritte Satzung zur Änderung der Satzung für die Schülerbeförderung im Landkreis Uckermark (Dritte Änderungssatzung der Schülerbeförderungssatzung - SchbefS).“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 14: Projekt "Ferien-Lern-Camp“ im Rahmen des Angebotes Sozialarbeit an Schulen

Vorlage: BV/076/2023

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die Durchführung und Etablierung eines „Ferien-Lern-Camps“ als außerschulisches Bildungsangebot 2023 an Schulen mit „Sozialarbeit an Schulen“ in Trägerschaft des Landkreises Uckermark.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 15: Verkauf des Grundstücks/Erbaurechtes Prenzlau, Uckerpromenade 41 Flur 42 Flurstück 100 (2.260 m²) – ehemals bebaut mit dem sogenannten Orchestergebäude „Kleine Melodie“ an die Stadt Prenzlau.

Vorlage: BV/085/2023

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt den Verkauf des Grundstücks Flur 42 Flurstück 100 von Prenzlau an die Stadt Prenzlau ohne vorherige Markterkundung. In Vorbereitung ist zuvor eine Feststellung des Grundstückswertes durch den Gutachterausschuss des Landkreises Uckermark zu beauftragen und als Grundlage zu verwenden. Die Verwaltung wird beauftragt, alles Erforderliche zur Vorbereitung des Rechtsgeschäfts“

tes zu veranlassen und den diesbezüglichen Grundstückskaufvertrag abzuschließen.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 16: Potentialuntersuchung / Machbarkeitsstudie zur Reaktivierung der RB 63

Vorlage: BV/086/2023

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt, eine Potentialuntersuchung / Machbarkeitsstudie zur Reaktivierung der RB 63, welche durch die Stadt Templin initiiert wird, finanziell mit maximal 10.000 € zu unterstützen.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 17: Errichtung und Betreuung einer Gemeinschaftsunterkunft in Angermünde zur Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen

Vorlage: BV/089/2023/1

Herr Theiß übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Kath.

Herr Theiß teilt mit, dass ihm die Immobilie bekannt ist. Die Unterbringung von ca. 180 bis 200 Asylsuchenden ist in dieser Unterkunft undenkbar, da die Kapazität bei weitem nicht ausreicht. Er fragt welche Größenordnung ein etwaiger geplanter zusätzlicher Neubau haben soll.

Die Landrätin erläutert, dass keine Sanierung der Räumlichkeiten des bestehenden beschädigten Gebäudes stattfinden soll. Es ist geplant, das alte Gebäude abzureißen und auf dem Grundstück ein neues Gebäude zur Betreuung einer Gemeinschaftsunterkunft zu errichten.

Herr Theiß sieht die Umsetzung weiterhin sehr kritisch und gibt zu bedenken, dass die Errichtung eines Gebäudes für bis zu 200 Personen auf dieser Liegenschaft, zur Folge hätte, dass es im Außenbereich keinerlei Freiflächen mehr geben würde.

Herr Kath übergibt die Sitzungsleitung zurück an Herrn Theiß.

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt, der Landrätin als Vertreterin in der Gesellschafterversammlung gemäß § 97 Abs. 1 Satz 5 BbgKVerf, folgende Weisung zu erteilen:

1.

Als Vertreterin in der Gesellschafterversammlung der UDG mbH erteilt die Landrätin, durch Gesellschafterbeschluss, dem Geschäftsführer der UDG mbH Weisung, er möge, als Vertreter der Gesellschafterversammlung der UEG mbH, dem Geschäftsführer der UEG mbH durch Gesellschafterbeschluss Weisung erteilen, zum nächst möglichen Zeitpunkt, eine Gemeinschaftsunterkunft zur Unterbringung von Asylsu-

chenden und Flüchtlingen in der Berliner Straße 78, 16278 Angermünde, für ca. 180 - 200 Asylsuchende zu planen und zu errichten.

2.

Zudem erteilt die Landrätin, als Vertreterin in der Gesellschafterversammlung der UDG mbH, durch Gesellschafterbeschluss dem Geschäftsführer der UDG mbH Weisung, er möge, als Vertreter der Gesellschafterversammlung der UEG mbH, dem Geschäftsführer der UEG mbH durch Gesellschafterbeschluss Weisung erteilen, er möge, als Vertreter der Gesellschafterversammlung der GUB mbH, dem Geschäftsführer der GUB mbH durch Gesellschafterbeschluss Weisung erteilen, eine Gemeinschaftsunterkunft zur Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in der Berliner Straße 78, 16278 Angermünde, für ca. 180 - 200 Asylsuchende zu betreiben.

3.

Der Kreistag beauftragt die Landrätin, in den gesellschaftlichen Gremien der UEG mbH den Ankauf der Liegenschaft Berliner Straße 77/78, Gemarkung Angermünde, Flur 009, Flurstück 1, 2 und 3 durch die UEG mbH zur Beschlussfassung vorzulegen.

4.

Der Kreistagsbeschluss BV/124/2022 vom 14.09.2022 wird aufgehoben.“

Abstimmungsergebnis: Ja: mehrheitlich

zu TOP 18: Prüfungsvermerk zur überörtlichen Prüfung / Nachprüfung der Landkreise als örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Land Brandenburg im Jahr 2022

Vorlage: BR/042/2023/1

Frau Wernicke fragt, weshalb die aufgelisteten durchschnittlichen monatlichen Aufwendungen im Landkreis Uckermark von 2013 bis 2020 rückläufig sind, wogegen die monatlichen Aufwendungen in den anderen aufgeführten Landkreisen jährlich weiter ansteigen.

Herr Wichmann sichert eine schriftliche Beantwortung der Frage zu.

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung nimmt die Prüfungsmitteilung zur Nachprüfung des Kommunalen Prüfungsamtes des Landes Brandenburg vom 8. November 2022 zur überörtlichen Prüfung der Landkreise als örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Land Brandenburg sowie die erläuternde Klarstellung zur Kenntnis.

zu TOP 19: Befristete Weiterführung der Förderung von Angeboten der Sozialarbeit an Schulen als Nachfolge des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ nach der Landesförderrichtlinie zur Verstetigung der Schulsozialarbeit im Land Brandenburg

Vorlage: BV/078/2023/1

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die befristete Weiterführung der Förderung von vier Angeboten der „Sozialarbeit an Schulen“ in der Nachfolge des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ in Trägerschaft des Landkreises Uckermark mit einem Umfang von

jeweils 30 Wochenstunden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Fördermittel der neuen Landesförderrichtlinie zur Förderung der Schulsozialarbeit im Land Brandenburg mit einem Förderzeitraum vom 01.08.2023 bis 31.12.2024 zu beantragen.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 20: Außerplanmäßige Auszahlung für den Aufbau einer georedundanten IT-Infrastruktur in Verbindung mit der Schaffung eines georedundanten Rechenzentrums für die Erhöhung der Resilienz und Verfügbarkeit der kommunalen IT in der Uckermark vor dem Hintergrund zunehmender Cyberangriffe und sich stetig erhöhender Datenvolumina in den Fachanwendungen in Verbindung mit der Umsetzung des OZG als neue, investive Maßnahme im IT-Bereich.

Vorlage: BV/077/2023

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

- „1. Der Kreistag beschließt, dass der Aufbau einer georedundanten IT-Infrastruktur zu realisieren ist.*
- 2. Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der außerplanmäßigen Auszahlung für den Aufbau einer georedundanten IT-Infrastruktur.“*

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 21: Angelegenheiten der Rechnungsprüfung – 30.05.2023

Vorlage: 22/2023

Herr Meier erläutert, dass im Personalamt 8 Beanstandungen, davon 2 bezifferte, und bei der Integrationsbeauftragten 14 Beanstandungen, davon 6 bezifferte, geltend gemacht wurden.

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen:

gez. Olaf Theiß
Ausschussvorsitzender

gez. Karina Dörk
Landrätin

gez. Kristin Wohleben
Schriftführerin